

Beilagen.

I.

Die Enthüllungen des englischen Blaubuches über die Politik Hannovers in der Schleswig-holsteinischen Frage Januar—März 1864.

Berichte des engl. Gesandten am Hofe von Hannover, Henry F. Howard,
an den engl. Minister des Ausw., Grafen Russell:

Hannover d. 9. Januar 1864. „.... Ich habe mich bemüht, den Grafen Platen zu bewegen, die Frage der Entfernung des Prinzen von Augustenburg aus Holstein dadurch zu entscheiden, daß Hannover am Bundestag seine Stimme für den Präsidialantrag Oesterreichs abgebe; allein Se. Exc. meint, daß er in dieser wie in andern schwebenden Fragen einen Mittelweg einschlagen müsse, um eine Volksbewegung (a popular outbreak) in diesem Lande zu vermeiden. Se. Exc. will von einer Verbindung mit den Regierungen von Sachsen, Bayern und Württemberg bezüglich dieser Fragen durchaus nichts wissen und behauptet, nicht einmal zu wissen, ob und zu welchem Einverständnis dieselben gekommen sein mögen und will nichts mit ihnen zu thun haben (will have nothing to do with them)“.

Hannover 30. Januar 1864. „Zu einer Unterhaltung, welche ich heute mit Graf Platen hatte, lenkte ich seine Aufmerksamkeit auf die Verwicklungen, welche leicht durch die Berufung der Stände (in den Herzogthümern) entstehen könnten, und auf die Nützlichkeit, dieselbe zu verhindern. Se. Exc. erklärte, daß er ebenfalls diese Berufung mißbillige, welche, wie er überzeugt, völlig unnöthig für den Zweck sei, für den sie vorgeschlagen werde, und welche nur dazu diene, den weiteren Zweck zu verbergen, den nämlich: eine Stimme der Stände zu Gunsten des Prinzen von Augustenburg einzuholen; aber er fürchtete, sie sei nicht zu verhindern, da eine Majorität des deutschen Bundes geneigt sei, sich für dieselbe zu erklären. Er fügte indessen hinzu: daß solch eine Stimme von Seiten der Stände, obwohl sie sicher eine neue Verwicklung herbeiführen würde, die Frage nicht entscheiden würde, und er wiederholte seinen Wunsch, beide Herzogthümer, Holstein und Schleswig, bleiben zu sehen unter dem Scepter Sr. Maj. des Königs Christian, vereinigt mit der Krone Dänemark, und zwar in Betreff Holsteins und des deutschen Theils von Schleswig lediglich durch Personalunion. Solch ein Arrangement könne indessen, meinte er, nur durch die projectirte Occupation Schleswigs von Seite Oesterreichs und Preußens erhalten werden, auf welche ein Congreß folgen müsse, in dem die ganze Frage beigelegt werden könne.“